

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Martin Jende (KV Mayen-Koblenz)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 614 bis 616 einfügen:

Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete verbieten sich. Für die Reduktion von **europäischen** Rüstungsexporten wollen wir eine gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit einklagbaren strengen Regeln und

Von Zeile 620 bis 622 einfügen:

Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen das neue Gesetz einführen und für eine wirksame Endverbleibskontrolle sorgen. Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte darf es **grundsätzlich** nicht geben. Den Einsatz von Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten wollen wir streng regulieren

Begründung

Der Antrag spezifiziert zunächst, wessen Rüstungsexporte reduziert werden sollen und trägt ferner auch dem politischen Mittel, der Rüstungsexporte Rechnung. Neben vorwiegend wirtschaftlichen Interessen dienen Rüstungsexporte jedoch auch als wesentliches staatliches Steuerungsinstrument der Außen- und Sicherheitspolitik, z.B. zur Unterstützung von Verbündeten und Partnern. Als ein Beispiel sei hier die Unterstützung kurdischer und jesidischer Gruppierungen mit Ausrüstung und auch Waffen genannt, mit welchen diese sich gegen das syrische Regime verteidigen konnten. In solchen Fällen sollte das finanzielle Risiko jedoch nicht durch die Wirtschaft getragen, so dass es in Ausnahmefällen weiterhin Hermesbürgschaften geben sollte.

weitere Antragsteller*innen

Reinhard Bütikofer (KV Erfurt); Sophia Besch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Marcel Ernst (KV Göttingen); Sarah Brockmeier (KV Berlin-Pankow); Sophie Harper (KV München); Amelie Overmann (KV Berlin-Mitte); André Höftmann (KV Fürth-Land); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Daniel Hecken (KV Hamburg-Altona); Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Düsseldorf); Ingo Henneberg (KV Freiburg); Tobias Lindner (KV Germersheim); Winfried Nachtwei (KV Münster); Maximilian Gercke (KV Hamburg-Nord); Susanne Völpel (KV Offenbach-Stadt); Michael Froneberg (KV Berlin-Mitte); Philipp Zeller (KV Koblenz); Sabine Granzow (KV Mayen-Koblenz); Norman Böhm (KV Hamburg-Altona)